

*Losing Social Control? New Perspectives on Cultural Transformations between 1965 and 1985.* Ariane Leendertz, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln; Martin Geyer, Ludwig-Maximilians-Universität München, 30.06.2016–01.07.2016.

**Reviewed by** David Kuchenbuch

**Published on** H-Soz-u-Kult (October, 2016)

Das 1970er-Jahre-Interesse reißt nicht ab – ob in der Popkultur, zuletzt etwa in der Netflix-Serie „The Get Down“, auf dem Sachbuchmarkt (man denke an Philipp Felschs Bestseller zur Theorielektüre der linken Szene nach '68) oder in der Zeitgeschichtsforschung, die sich bei der Beschäftigung mit dem späten 20. Jahrhundert die knifflige Frage stellen muss, welche Instrumente für die Analyse von soziokulturellen Veränderungsprozessen geeignet sind, die von den Zeitgenossen selbst intensiv diskutiert, vermessen und gedeutet wurden. Siehe meinen Tagungsbericht: Entgrenzung, Pluralisierung und Identitätsbestimmung. Herausforderungen der Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften, 25.02.2016 – 27.02.2016 Potsdam, in: H-Soz-Kult, 10.05.2016, <http://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-6512> (06.10.2016). Unter Beteiligung der Tagungsorganisatoren auch: Leendertz, Ariane; Meteling, Wencke (Hrsg.): Die neue Wirklichkeit. Semantische Neuvermessungen und Politik seit den 1970er-Jahren. Frankfurt am Main 2016. Besprochen in: H-Soz-Kult, 06.07.2016, <http://www.hsozkult.de/publicationreview/id/rezbuecher-25378> (06.10.2016).

Bereits die einleitenden Überlegungen der Veranstalter der Kölner Konferenz „Losing Social Control? New Perspectives on Cultural Transformations between 1965 and 1985“, ARIANE LEENDERTZ (Köln) und MARTIN GEYER (München),

zeigten, dass viele gegenwärtige Interpretationsangebote diese Transformationen vom Ende her betrachten. Denn oft zeichnet sich gerade für die Autoren von Gesamtdarstellungen zum 20. Jahrhundert um 1970 der Untergang des „goldenen Zeitalters“ der ersten Nachkriegsjahrzehnte ab. Ein progressiver Konsens, verdichtet in Chiffren wie *New Deal order* oder *post-war settlement*, wurde aufgekündigt, so diese Deutungen. Infolge der weltweiten ökonomischen Stagnation, aber auch sozialer Unruhen und politischer Partizipationsforderungen verschob sich das Achsensystem vieler wohlfahrtsstaatlicher Konsumgesellschaften. Das konnte langfristig dem Um-, wenn nicht Rückbau bestimmter Staatsfunktionen, teils auch einem Prozess der „Vermarktlichung“ den Weg bahnen. Vgl. zur geschichtswissenschaftlichen Operationalisierung dieses Begriffs nun das Heft der Zeithistorischen Forschungen: <http://www.zeithistorische-forschungen.de/3-2015> (06.10.2016). Zugleich wurden die Axiome der „Organisierten Moderne“ fragwürdig. Wie Leendertz entlang von Überlegungen Eric Hobsbawms, Peter Wagners und Zygmunt Baumanns ausführte, schwand die Zuversicht, politische Weichen auf Basis einer wissenschaftsgestützten „Lesbarmachung“ der Gesellschaft stellen zu können. Transnational, so könnte man die Ausgangsbeobachtung der Konferenz zusammenfassen, wuchs also zwischen 1965 und 1985 nicht nur die Sorge

um Löcher in der sozialen Kohäsion und Kontrolle. Es wurden auch die bisherigen Methoden problematisiert, diese Löcher zu identifizieren und zu stopfen.

Das zeigte schon MARTIN GEYERs Vortrag, der sich mit dem Verhältnis von sozialer Kontrolle und öffentlicher Meinung im Denken der westdeutschen Demoskopin und Publizistin Elisabeth Noelle-Neumann auseinandersetzte. Geyer legte dar, wie sehr die Direktorin des Instituts für Demoskopie (IfD) von amerikanischen soziologischen Theorien der Zwischenkriegszeit beeinflusst war – etwa von Edward Alsworth Ross, der Kommunikation über Meinungen innerhalb von Gruppen als zentrale Funktion ihrer Integration verstand. Dieser Ansatz prägte Noelle-Neumanns Wahrnehmung (aus ihrer Sicht) bedrohlicher Entwicklungen der 1960er-Jahre, etwa der Studentenbewegung und des sogenannten Wertewandels. Insbesondere beschäftigte sie die Frage, wie es radikalen Minderheiten gelingen konnte, das gesellschaftliche Meinungsklima regelrecht zu dominieren. Für Noelle-Neumann war die „schweigende Mehrheit“ (den Begriff importierte sie ebenfalls aus den USA) in eine Schweigespirale geraten, und zwar infolge der erfolgreichen Operationalisierung eines gruppenpsychologischen Mechanismus durch die die Medien dominierende Linke. Für die CDU-nahe Demoskopin ergab sich daraus zum einen die Aufgabe, der westdeutschen Bevölkerung ihre Mehrheitsmeinung sozusagen demoskopisch transparent zu machen, zum anderen aber die Aufforderung an Konservative, die öffentliche Debatte strategisch zu besetzen.

Auch JENNY ANDERSSON (Paris) befasste sich mit wissenschaftlichen Kontrollsemantiken, die in die öffentliche Debatte ausstrahlten. Sie widmete sich dem gegenwärtig viel bestellten Feld der Zukunftsforschung, und zwar am Beispiel der „Commission for the Year 2000“. Diese international und multidisziplinär zusammengesetzte Gruppe von Wissenschaftlern um den US-Soziologen Daniel Bell trat Anfang der 1960er-Jahre an, die Zu-

kunft durch Anwendung heterogener, zum teil militärischer Prognosewerkzeuge auf soziale Systeme zu „kontrollieren“. Gerade Bell ging es darum, die Konsequenzen politischer Programme zu antizipieren und sich dann auf Basis normativer Urteile – etwa zur Bewahrung des amerikanischen Nationalcharakters – rational für eine Zukunft zu entscheiden. Allerdings verwandelte sich die Prognostik der Kommission unter dem Eindruck der Bürgerrechts- und Jugendproteste nach und nach in eine Auseinandersetzung mit der Problematik *ungewisser* Zukünfte.

Wenn am Ende der von Andersson geschilderten Entwicklung ein Differenzierungsprozess stand – die Gruppe um Bell zerfiel *gerade* entlang normativer Bruchlinien in eine neokonservative und eine der Neuen Linken nahestehende Fraktion – dann ähnelte das der Entwicklung, die TILL KÖSSLER (Bochum) in seinem Vortrag nachzeichnete. Kössler nahm einen konkreten Ort in der Bundesrepublik in den Blick, an dem das Liberalisierungsversprechen von '68 in die Wirklichkeit umgesetzt werden sollte: das Klassenzimmer, das viele Pädagogen in eine autarke Lernmaschine oder -umwelt zu verwandeln trachteten, innerhalb derer Verhalten durch positives „reinforcement“ modifiziert werden konnte. Probleme der Lerndisziplin verschwanden aber nicht, und so beobachtete Kössler ab Mitte der 1970er-Jahre auf der einen Seite eine erhöhte Sensibilität gegenüber dem Faktor der sozialen Benachteiligung und einen verstärkten Fokus auf individuelle Beziehungen zum Schüler, insbesondere im alternativen Milieu, auf der anderen Seite aber auch eine gewisse Rückkehr des Autoritarismus in die Lerntheorie.

Ein wenig wie eine Vorgeschichte der von Kössler rekonstruierten Emanzipationsversuche konnte man JENNIFER LIGHTs (Cambridge, M.A.) Präsentation ihres Buchprojekts zu den „junior republics“ verstehen, die sich ab der Jahrhundertwende und bis in die 1930er-Jahre in den USA, aber auch anderswo größter Beliebtheit erfreu-

ten. Light betrachtete die *junior republics* als Simulationen des Erwachsenenlebens, in denen Heranwachsende durchaus eigene ökonomische Leistungen erbrachten, die allerdings nie als solche thematisiert wurden. Für Light trugen die Kinderrepubliken zur Etablierung der Kindheit als eigenes Lebensalter bei, wie es heute selbstverständlich erscheint – eine Grenzziehung, deren Funktion für sie allerdings weniger darin lag, einen Schutzraum zu schaffen, als darin, einen erheblichen Teil der Gesellschaft von der sozialen Partizipation auszuschließen.

Eher ideengeschichtlich – und wieder stärker auf das späte 20. Jahrhundert konzentriert – nahm DAVID STEIGERWALD (Columbus, Ohio) das Verhältnis von Er- und Entmündigung nach 1968 in den Blick. Er analysierte das (Miss-)Verhältnis zwischen den von sozialen Bewegungen erkämpften Rechten auf identitäre Selbstbestimmung einerseits und der systemischen Einbindung dergestalt befreiter Individuen in globale kapitalistische Produktionsregime andererseits. Steigerwald, der ironischerweise via Skype zugeschaltet war, argumentierte, die Ursachen dieser Ambivalenz seien in der Automatisierung der Arbeitswelt und dem Aufstieg des *personal computer* als Medium einer eben nur vordergründig selbstbestimmten Lebensgestaltung zu suchen. Diese Prozesse könnten auch das Verschwinden der Entfremdungs-Kategorie etwa eines Herbert Marcuse aus intellektuellen kritischen Debatten erklären.

Mit etwas mehr Bodenhaftung widmete sich NANCY MACLEAN (Durham) der destruktiven Rolle, die die „public choice economics“ in der politischen Kultur der USA gespielt haben. Sie rekonstruierte, wie das Denken der sogenannten „Virginia school“ um den Ökonomen und späteren Nobelpreisträger James Buchanan seit den 1960er-Jahren finanziell gefördert und aktiv verbreitet wurde. MacLean zeigte, dass die unheilige Allianz der sozial äußerst konservativen, teils rassistischen politischen Klasse Virginias mit radikal libertären Lobbygruppen eben nicht in einem Rü-

ckbau des Staates resultierte. Vielmehr setzten – und setzen – die *Virginia-school*-Akteure auf eine schleichende Übernahme bundesstaatlicher Funktionen mit dem Ziel, politische Repräsentationsmöglichkeiten zu verriegeln und damit Umverteilungsprozesse einzudämmen, die aus ihrer Sicht einem ungehinderten Wirken der Marktkräfte im Weg standen.

MacLean zeichnete eher intentionalistisch das Bild einer marktliberalen Strategie, deren demokratiefeindliche Befürworter sich lokal klar identifizieren lassen. Einen etwas komplexeren Vermarktlichungsprozess beleuchtete ALICE O’CONNOR (Santa Barbara) mit der *home-ownership*-Förderung, genauer: der staatlich forcierten Finanzialisierung des Hypothekenmarkts in den USA der 1960er- bis 1990er-Jahre, die der Immobilienblase und damit der Bankenkrise der späten „Nuller-Jahre“ voranging. O’Connor verdeutlichte, dass der amerikanische Traum vom Eigenheim von verschiedensten sozialen Gruppen gehegt wurde. Wenn die US-Regierung unter Nixon auf Steueranreize, Deregulierungen und neuartige Anlage-„Produkte“ setzte, die der massiven Verschuldung vieler US-Haushalte – und langfristig dem globalen Handel mit den Ausfallsrisiken missbräuchlich vergebener Kredite – den Weg bahnten, dann war das auch eine Antwort auf Partizipationsforderungen ausgegrenzter Gruppen. Allerdings waren die Spätfolgen dieser Maßnahmen kaum absehbar. Entsprechend argumentierte O’Connor, von einer Hegemonie explizit neoliberaler Denkansätze könne eigentlich erst nach 1989 die Rede sein.

Diese Beobachtung korrespondierte mit BERNHARD RIEGERS (London) Ausführungen zur Wirtschaftspolitik des glücklosen Britischen Premiers Edward Heath. Heath war 1970 mit dem Versprechen angetreten, der steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Heath führte diese auf den Keynesianismus der Vorgängerregierungen zurück, setzte auf Steuersenkungen und Einschnitte ins Wohlfahrtsystem und nahm Unter-

nehmensschließungen in Kauf. Das musste auf massive Widerstände nicht nur der Gewerkschaften, sondern weiter Teile einer Öffentlichkeit stoßen, die dies als Verrat am *post-war settlement* wahrnahmen. Heath ruderte zurück auf einen interventionistischen Kurs, verknüpft mit Maßnahmen zur Inflationsbekämpfung, die die Antagonismen aber weiter befeuerten. Am Ende der 1970er-Jahre hatte sich in konservativen Kreisen der Gedanke durchgesetzt, wirtschaftspolitische Steuerungsversuche seien zum Scheitern verurteilt. Die Radikalität, mit der unter Thatcher begonnen wurde, den Staat dahingehend umzufunktionieren, Bedingungen für Marktmechanismen zu schaffen, resultierte auch aus dem Eindruck von Schwäche, den Heaths Kehrtwende hinterlassen hatte.

Mit einer anderen Form demonstrativer Härte befassten sich zwei Vorträge zum amerikanischen „carceral state“, dessen im internationalen Vergleich außergewöhnliche Dimension so gar nicht zur Ideologie des Staatsrückbaus passt. MANFRED BERG (Heidelberg) argumentierte, dass sich der – gegenüber dem realen Anstieg von Gewaltverbrechen in den 1960er-Jahren verspätete – Ausbau des US-Gefängnissektors nur multifaktorial erklären lasse, aus dem Zusammenspiel der sozialpolitischen Programmatik der *Great Society*-Ära mit einem *backlash* der Bürgerrechtsbewegung, verbreitetem Rassismus und populistischen Rechtstraditionen. JULILLY KOHLER-HAUSMANN (Ithaca) diskutierte den Anstieg der Zahl der Gefängnisinsassen nach 1970 in Zusammenhang mit dem „Krieg gegen die Drogen“ in den US-Großstädten. Sie veranschaulichte am Beispiel der zunehmend restriktiven New Yorker Drogenpolitik, wie wichtig es ist, die genannten Phänomene nicht getrennt von wohlfahrtspolitischen Argumenten zu betrachten. Dass sich die bürgerrechtsfeindlichen „tough politics“ durchsetzten, hat auch mit einem politisch bewusst lancierten neuen Verständnis von (Drogen-)Kriminalität zu tun: Vom Effekt sozioökonomischer Benachteiligung verwandelte sich diese zur kulturellen Pathologie,

vor der es die Mehrheitsgesellschaft zu schützen gelte.

Abschließend brachte ARIANE LEENDERTZ mit der Komplexitätstheorie amerikanischer Politikwissenschaftler wie Garry D. Brewer, Ronald D. Brunner und Todd R. La Porte noch einmal die Ebene der intellektuellen Konstruktion sozialer Wirklichkeit ins Gespräch. Gestützt auf Ansätze der militärisch geprägten *operations research* und Systemanalyse und angeregt von der Verheißung des Computers, arbeiteten diese Forscher an Instrumenten, „organisierte Komplexitäten“ zu durchdringen, die mit den herkömmlichen statistischen Methoden der Sozialstaatsplaner nicht begriffen werden konnten. Der Versuch, ein neues epistemisches Fundament für die Lösung gerade der „Urban Crisis“ zu schaffen, scheiterte jedoch: Die untersuchten Variablen und Faktoren schienen umso unkontrollierbarer, je komplexitätsgeschulter der wissenschaftliche Blick auf sie wurde. Das – und hier spiegelte sich der breite Krisendiskurs der Nixon-Jahre wider – spielte Argumenten zur Reduktion zumindest der Komplexität des Staatsapparats selbst zu. Die Kulmination der Rationalität des *social engineering* trug gewissermaßen ihr Ende schon in sich.

Ähnlich wie MacLean und Andersson argumentierte Leendertz also dafür, die Rolle der Gesellschaftstheorie bei der Aushöhlung jenes „progressivism“ genauer zu untersuchen, der ihrer für seine Planungen ja gerade bedurfte. Das ist eine umso wichtigere Anregung, als Zeithistoriker – wie in der deutschsprachigen Debatte über den Strukturwandel nach 1970 immer wieder betont wurde – auf der Suche nach Quellen sehr schnell auf diese Theorien stoßen, aber deutlich größere Schwierigkeiten haben, die realen Transformationen sozialhistorisch zu erfassen, zu deren Verständnis sie entwickelt wurden. Der soziale, aber auch ökonomische (und übrigens auch der umweltbezogene) Kontrollverlust jedenfalls schien zeitgenössischen Kommentatoren unterschiedlichster politischer Couleur nicht zuletzt von un-

intendierten und einander beeinflussenden Nebenfolgen der wohlfahrtspolitischen Modernisierungsprogramme der Mitte des 20. Jahrhunderts herzurühren.

Diese Feststellung sollte aber nicht dazu verleiten, die Frage auszublenden, inwieweit zwischen 1965 und 1985 neuartige gesellschaftliche Allianzen möglich wurden, die *tatsächlich* Effekte staatlicher Interventionen waren. Diese neuen Bündnisse, das wurde in Köln klar, lassen sich allerdings erst im Kontext des langen 20. Jahrhunderts sinnvoll erklären. Gerade die US-Bürgerrechtspolitik, aber beispielsweise auch wohnungspolitische Programme, deren Anfänge bis in die New-Deal-Ära zurückreichten, reorganisierten soziale Beziehungen von Grund auf und schufen so neue Interessenkonstellationen. Die Kontingenz der daraus resultierenden politischen Dynamiken wurde dank der vergleichenden Anlage der Tagung – bei einem gewissen Übergewicht der USA – sehr deutlich: Viele Faktoren, die ins amerikanische „age of fracture“ (Daniel Rodgers) geführt haben, vor allem die alles durchdringende Kategorie „race“, haben in der Bundesrepublik eine weit geringere Bedeutung gehabt. Dies muss man auch berücksichtigen, wenn man besser begreifen will, was erst *ex post* geradezu teleologisch als Genealogie des Neoliberalismus erscheint.

Tatsächlich waren es in erster Linie die Vor- und Nachteile dieses Begriffs, die in der Abschlussdiskussion thematisiert wurden. „Neoliberalismus“ hat sich in der deutschen Öffentlichkeit offenbar stärker als in den USA für den Aufstieg des Markts als Paradigma der gesellschaftlichen Reproduktion durchgesetzt. Der Begriff verdeckt jedoch leicht, dass von einem Bedeutungsverlust des Staatshandelns, geschweige denn einem Rückgang der Staatsquote, seit 1965 kaum die Rede sein kann. Eher schon sollte man von einer Mutation des Staates sprechen (so Kohler-Hausmann in ihrem Vortrag), für deren Ergebnis – darauf wies wiederum Rieger hin – der Soziologe Stephan Lessenich den Begriff des „Neosozialen“ vorgeschla-

gen hat. Lessenich meint damit auch ein neues Verständnis der sozialen Stratifizierung, die heute weniger entlang sozioökonomischer Schichtungen denn mit Blick auf individuelle Aktivitätsbereitschaft wahrgenommen wird. Bei der Untersuchung dieses Wahrnehmungswandels ließe sich künftig auch der von Geyer in Spiel gebrachte Gouvernementalitätsbegriff stärker berücksichtigen, den Michel Foucault bekanntlich selbst gegen Ende der untersuchten Periode einführte, und der sein „panoptisches“ Disziplinierungsmodell ablöste (auf dessen Ähnlichkeit zu mancher Idee Noelle-Neumanns Geyer hingewiesen hatte). Um die Rolle von Selbstkontrolle und -motivierung einschätzen zu können, könnte man dann – so eine Anregung in der Diskussion – auch den Aufstieg der Psy-Wissenschaften, von Selbstmanagement, Therapeutisierung und Beratung berücksichtigen. Das soll aber keineswegs als Defizit einer Tagung verstanden werden, die hoffen lässt, dass der Boom der „Nach dem Boom“-Forschung noch etwas anhält.

#### **Konferenzübersicht:**

Ariane Leendertz, Martin Geyer: Begrüßung und Einführung

Martin Geyer: Public Opinion and Social Control: The Spiral of Silence, Silent Majorities and the Panoptic Ideas of Elisabeth Noelle-Neumann

Jenny Andersson: Controlling the Future

Till Kössler: Youth, Schools, and Social Control in West-Germany after 1968

Jennifer Light: The Double Lives of Modern Youth

David Steigerwald: After Sixty-Eight: Neo-Marcusian Speculations on Technological Liberation as Contemporary Social Control

Nancy MacLean: Public Choice Economics vs. Government Control: The Virginia School and Modern Democracy

Alice O'Connor: Rescuing American Dreams: Homeowning, Crisis, and the Financialization of Economic Citizenship in the 1970s and 1980s

Bernhard Rieger: Unemployment and the End of the Postwar Settlement in 1960s and 1970s Britain

Manfred Berg: Race, Crime, and Social Control

Julilly Kohler-Hausmann: The Welfare State, the Carceral State, and the Search for Order in Late Twentieth Century United States

Ariane Leendertz: Losing Control? Complexity Theory, Public Policy, and the Exhaustion of Solutionism

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

**Citation:** David Kuchenbuch. Review of *Losing Social Control? New Perspectives on Cultural Transformations between 1965 and 1985*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. October, 2016.

**URL:** <https://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=48123>



This work is licensed under a Creative Commons Attribution-NonCommercial-No Derivative Works 3.0 United States License.